



**RITA  
SCHWARZELÜHR-  
SUTTER**

**Für Sie im  
Deutschen Bundestag**



# Newsletter

---

**vom 5. März 2018**

---

## Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

Wir wollen Fahrverbote vermeiden .....	1
Frauenrechte sind Menschenrechte .....	1
Untersuchungsausschuss zum Attentat am Breitscheidplatz eingesetzt .....	2
Lkw-Stau vor der deutsch-schweizerischen Grenze. Interview mit Michael Baas von der Badischen Zeitung.....	4
Zürcher Flughafenbetreiber hat die deutsche Regierung nicht über die Ausbaupläne informiert!.....	5
Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums treffen Rita Schwarzelühr-Sutter in Berlin .....	6

---

# Neues aus Berlin

## Wir wollen Fahrverbote vermeiden

| Am Dienstag hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sein Urteil zur Zulässigkeit von Fahrverboten verkündet. Das Gericht ist zu dem Schluss gekommen, dass Kommunen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verhängen können, wenn sie keine anderen Mittel zur Verfügung haben, um die Vorgaben zur Luftreinhaltung einzuhalten. Ziel der SPD-Fraktion ist es, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vermieden werden.

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: „Das Urteil ist ein Warnruf an alle, die glauben, man könnte rechtlich verbindliche Grenzwerte einfach ignorieren. Wir werden dieses Urteil sehr genau prüfen. Die Bundesregierung und die Hersteller sind jetzt aufgerufen, die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht im Regen stehen zu lassen.“

Ziel der SPD-Fraktion ist es, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vermieden werden. Sie müssen, wenn überhaupt, eine lokale Ausnahme bleiben. Das Bundesverwaltungsgericht hat ausdrücklich darauf verwiesen, dass dabei die Verhältnismäßigkeit zu wahren ist. Nahles: „Wir wollen die Kommunen bei Maßnahmen unterstützen, die saubere Luft und bezahlbare Mobilität gleichzeitig sicherstellen. Es braucht vor Ort vor allem neue Mobilitätskonzepte“.

Dazu gehört laut Nahles ein Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Radverkehrs, der Umstieg von Bussen, Taxen und Nutzfahrzeugen auf saubere Antriebe, aber zum Beispiel auch die Förderung gemeinschaftlicher Nutzung von Fahrzeugen.

Technische Nachrüstungen können Beitrag leisten.

Die technischen Nachrüstungen von Euro 5- und Euro 6-Fahrzeugen können einen substantiellen Beitrag leisten, sofern sie technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll sind. Für Nahles ist klar: „Wir werden die Automobilindustrie hier nicht aus der Verantwortung lassen.“

Die von den Herstellern gezahlten Kaufprämien für Neufahrzeuge müssen von den Unternehmen erhöht werden, da sich viele Besitzer älterer Fahrzeuge ansonsten keinen Neuwagen leisten können.

Bisher ist offen, wie viele Städte und Gemeinden von Fahrverboten als letzter Möglichkeit Gebrauch machen werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion muss es jetzt darum gehen, die Verantwortung der Automobilindustrie gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu klären und den Umstieg auf einen sauberen ÖPNV und Wirtschaftsverkehr in den Städten zu organisieren.

Die Bundesregierung muss jetzt kurzfristig Länder und Kommunen einladen, um über weitere Maßnahmenpakete zu beraten.

**Wichtigste zusammengefasst:  
Wir werden das Urteil prüfen. Die Verbraucher dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Wir wollen die Kommunen bei der Luftreinhaltung unterstützen. Die Autoindustrie steht in der Verantwortung.**

## Frauenrechte sind Menschenrechte

| Vor 100 Jahren ist das Frauenwahlrecht eingeführt worden. Der Internationale Frauentag am 8. März dieses Jahres

---

steht deshalb ganz im Zeichen dieses Jubiläums.

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag anlässlich des Internationalen Frauentags die Gleichstellung von Frauen und Männern debattiert. Bundesfrauenministerin Katarina Barley (SPD) wies in ihrer Rede darauf hin, dass im Parlament nur 30 Prozent Frauen sitzen – also weniger als in der vorangegangenen Wahlperiode. Das zeige, in der Gleichstellungspolitik könne es auch eine Rückwärtsentwicklung geben.

Barley mahnte: „Wir müssen die Frauenrechte immer wieder aufs Neue verteidigen. Frauenrechte sind Menschenrechte.“ Überall dort, wo Frauenrechte eingeschränkt seien, sei es auch um die Menschenrechte nicht gut bestellt. „Der Kampf für Frauenrechte ist immer auch ein Kampf für die Demokratie als solche.“

Frauenrechte zu stärken, bedeutet für Barley, bestehende Strukturen zu verändern. Dort setze der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union an, zum Beispiel bei der Aufwertung der Pflegeberufe oder dem Recht auf Rückkehr zur alten Arbeitszeit und dem Kampf gegen sexuelle Gewalt. Barley: „Wir brauchen Hartnäckigkeit, Durchsetzungskraft und Solidarität – vor allem auch von den Männern“.

### **Mehr auf die Tube drücken**

Katja Mast, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, wies auf die nötige Gleichberechtigung bei der Erwerbsarbeit hin. Sie müsse gerecht zwischen Frau und Mann aufgeteilt werden, etwa mit Blick auf die Pflege von Angehörigen und Betreuungszeiten.

Für Mast ist klar, dass mehr Frauen in Führungspositionen eine andere Kultur bedeuten; auf die Weise gelinge es auch, langfristig nicht mehr von typischen Frauen- und Männerberufen zu reden.

Dass in Sachen Gleichstellung noch „kräftig auf die Tube gedrückt“ werden muss, machte der familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix deutlich. Zu oft hätten Frauen ihre Rechte selbst erkämpfen müssen. Es werde Zeit für die „Unterstützung durch die Männer“.

Fotos des diesjährigen frauenpolitischen Frühstücks der Fraktion sind hier zu finden:

<https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/albums/72157693229566324>

**Wichtigste zusammengefasst:  
Vor 100 Jahren wurde das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Im Parlament gibt es 30% Frauen. Das sind weniger als in der letzten Wahlperiode. Frauenrechte sind Menschenrechte und müssen immer wieder neu verteidigt werden.**

## **Untersuchungsausschuss zum Attentat am Breitscheidplatz eingesetzt**

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag den ersten Untersuchungsausschuss der laufenden Legislaturperiode eingesetzt. Er soll zur gründlichen Aufklärung des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 beitragen (Drs. 19/455, 19/943).

Zuletzt hatte der Abschlussbericht des vom Berliner Senat beauftragten Sonderermittlers gravierende Fehler der Behörden auf allen Ebenen offenbart. Ergänzend zur Arbeit von Untersuchungsausschüssen in Berlin und Nordrhein-Westfalen ist es deswegen an der Zeit, dass auch der Deutsche Bundestag einen

---

Beitrag zur umfassenden Aufklärung leistet.

Eva Högl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und zuständig für Innen- und Rechtspolitik, sprach am Mittwoch von weiterem „Aufklärungsbedarf“. Högl: „Wir auf Bundesebene können die zuständigen Bundesbehörden noch einmal anders in den Fokus nehmen als die Länder“. Sie freue sich im Übrigen, dass es eine gemeinsame Verständigung mit den Fraktionen von CDU/CSU, Grünen, FDP und Linken über den Untersuchungsauftrag gebe.

Fritz Felgentreu, Abgeordneter aus Berlin, und Mahmut Özdemir, Abgeordneter aus NRW, sind die beiden SPD-Mitglieder im Ausschuss. Insgesamt wird er aus neun Parlamentariern bestehen. Auch Felgentreu hofft auf „einen gemeinsamen Geist bei der Aufklärungsarbeit“. Er sieht den Bundestag „politisch und moralisch in der Pflicht“, einen Aufklärungsbeitrag zu leisten.

Felgentreu stellt besonders Fragen nach der deutschen Sicherheitsarchitektur und der grenz-überschreitenden Zusammenarbeit deutscher mit ausländischen Behörden ins Zentrum. „Welche Schwachpunkte gibt es da, welche Behörden wussten wann was?“

#### **Zum Untersuchungsauftrag:**

Der Untersuchungsausschuss soll sich ein Gesamtbild zum Attentat verschaffen und dabei insbesondere das Handeln der Bundesbehörden, ihre Kooperation mit Landesbehörden sowie mit europäischen und ausländischen Stellen auf mögliche Versäumnisse untersuchen.

Dabei soll an die Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse und der Arbeit der Sonderbeauftragten in den Ländern sowie an die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages (PKGr) und des Innenausschusses angeknüpft werden.

Aufbauend auf den Untersuchungsergebnissen sollen dann Schlussfolgerungen insbesondere für die Arbeit der Sicherheitsbehörden sowie für den Vollzug des Asyl- und Aufenthaltsrechts gezogen werden können, um derartigen Anschlägen in Zukunft besser vorzubeugen.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Anreise des Attentäters Amri in den Schengenraum 2011 und endet am 1. März 2018. Union, SPD und FDP wollten unmittelbar nach der Konstituierung am Donnerstag 93 Beweisanträge stellen. Zudem soll es zeitnah Anhörungen im Ausschuss zur föderalen Sicherheitsarchitektur, zur Arbeit der Asylbehörden und zur Gefahrenanalyse durch den gewaltbereiten Islamismus geben.

Außerdem will der Ausschuss so bald wie möglich den Opferbeauftragten Kurt Beck und Angehörige der Opfer einladen. Die Zeugenvernehmung beginnt im Mai. Der Untersuchungsausschuss dauert voraussichtlich bis zum Ende der Legislaturperiode.

**Wichtigste zusammengefasst:  
Der erste Untersuchungsausschuss der Wahlperiode soll die Umstände des Attentats sowie das Handeln der Behörden aufklären. Ferner wird bald auch der Opferbeauftragte Kurt Beck sowie Angehörige in den Ausschuss eingeladen.**

---

# Aus unserer Region

## Lkw-Stau vor der deutsch-schweizerischen Grenze. Interview mit Michael Baas von der Badischen Zeitung.

| LÖRRACH. Die Lastwagen-Staus an den Autobahngrenzübergängen in Weil am Rhein und Rheinfelden sind seit langem ein Problem. Inzwischen gibt es Überlegungen, die frühere Zollanlage an der deutsch-französischen Grenze bei Ottmarsheim zu ertüchtigen und als Puffer zu nutzen. Das ist angesichts der Verzollung aber leichter gesagt als getan und selbst wenn es gelingt, ist das nur ein Baustein einer nachhaltigen Lösung. Michael Baas (BZ) hat nachgefragt bei Rita Schwarzelühr-Sutter (MdB):

**BZ:** Wie bewerten Sie als regionale Abgeordnete und Staatssekretärin die Lastwagenstaus vor der Schweizer Grenze?

**Schwarzelühr-Sutter:** Schon aus Verkehrssicherheitsgründen kann und darf dies kein Dauerzustand sein. Die vorhandenen Rastanlagen auf der A5 und der A861 in Fahrtrichtung Schweiz bieten vor der Grenze kein ausreichendes Lkw-Parkangebot nachts. Derzeit sind auf den vorhandenen Rastanlagen im Zuge der A5 und A861 insgesamt rund 600 Lkw-Parkstände vorhanden. Die Rastanlagen sind derzeit regelmäßig überlastet. Die hohe Lkw-Parknachfrage resultiert aus dem gestiegenen Verkehrsaufkommen verbunden mit dem Schweizer Nachtfahrverbot. Derzeit parken die Lkw über Nacht auf dem rechten und mittleren Fahrstreifen der Hauptfahrbahn.

**BZ:** Was wissen Sie von den Bemühungen, den Parkplatz bei Ottmarsheim als zusätzlichen Lkw-Stauraum zu ertüchtigen?

**Schwarzelühr-Sutter:** In Ergänzung des Stau-Managements gibt es seit Jahren Bemühungen, die ehemalige Grenz Zollanlage Ottmarsheim in Frankreich zu reaktivieren, um im Zulauf der Grenz Zollanlage einen „Pufferbereich“ für zirka 260 Lkw zu schaffen. Bei diesem Standort handelt es sich um das Gelände der ehemaligen deutsch-französischen Zollanlage an der französischen A36 auf Höhe des AD Neuenburg. Die mit zirka 25 Kilometer recht große Entfernung des Standorts zum Grenzübergang Weil am Rhein wäre durch den Einsatz von Stellplatzanzeigen zu kompensieren. Von Plänen eines deutschen Investors, dort ein Hotel plus Läden für Lkw-Fahrer und ein Outlet zu bauen, ist mir allerdings nichts bekannt.

**BZ:** Gibt es Pläne auf dem Areal auch eine Vorverzollung zu ermöglichen, um die Wartezeit vor den Grenzen zu verkürzen?

**Schwarzelühr-Sutter:** Dafür ist das Bundesfinanzministerium zuständig. In Waldshut gibt es eine gemeinsame deutsch-Schweizer Zollanlage auf deutschem Gebiet, die allerdings nur ein paar hundert Meter vor der eigentlichen Grenze liegt. Dabei wird mittels Videoüberwachung sichergestellt, dass nichts vom Lastwagen fällt oder noch etwas nachgeladen wird. Das gestaltet sich bei einer Entfernung von 25 Kilometer sicher nicht so einfach. Die Grenz Zollanlage Ottmarsheim könnte einen wesentlichen Beitrag zur Entschärfung des bestehenden Parkraumdefizits an der A5 leisten, ohne dass hierfür weitere Versiegelungsflächen und Eingriffe in den Retentionsraum des Rheins erforderlich würden. Zur Klärung aller wirtschaftlichen, administrativen und rechtlichen Fragestellungen ist von Frankreich eine Machbarkeitsstudie geplant.

**BZ:** Gibt es aus Ihrer Sicht andere vernünftige Alternativen das Stauproblem



---

vor den Grenzübergängen zu nachhaltig zu lösen?

**Schwarzelühr-Sutter:** Zur Schaffung weiterer Lkw-Parkflächen sind auf den neuen Rastanlagen am Standort „Hafen Nord“ im Zuge der Autobahn 5 südlich des Autobahndreiecks Weil am Rhein zirka 186 Lastwagen-Parkstände und am Standort „Gärtnerei“ an der A 861 im Zulauf zum Zoll Rheinfeldern zirka 56 zusätzliche Lkw-Parkstände gemäß BMVI (Bundesverkehrsministerium) geplant. Darüber hinaus wurden im Zuge des EU-Projektes „Lkw-Stellplatzanzeige“ die vorhandenen Rastanlagen entlang der A5 mit Stellplatzanzeigen ausgestattet. Ziel ist eine bessere Auslastung der vorhandenen Parkstände schon im Zulaufbereich der Grenzzollanlage zu schaffen.

**BZ:** Warum verweigert die deutsche Seite seit Jahren, das Schweizer Nachtfahrverbot als Realität zu akzeptieren und baut keine entsprechenden Vorsortieranlagen wie sie die Schweiz zum Beispiel am Gotthard hat?

**Schwarzelühr-Sutter:** Seit 2013 gibt es bereits das beschleunigende Abfertigungsverfahren „Transito“, das nach entsprechenden Baumaßnahmen eingeführt wurde. Durch die getrennten Transitspuren und die Abfertigung direkt am Lastwagen konnte die Abfertigungszeit erheblich verkürzt werden. Aber das reicht noch nicht aus. Deshalb müssen Land, Bund und die Schweiz, neben den oben beschriebenen Maßnahmen, auch über Lösungen reden, die z.B. zusätzlichen Stauraum auf der schweizerischen Seite schaffen.

<http://www.badische-zeitung.de/rheinfeldern/das-kann-kein-dauerzustand-sein--149870972.html>

## Zürcher Flughafenbetreiber hat die deutsche Regierung nicht über die Ausbaupläne informiert!

| Aus den Antworten des Bundesverkehrsministeriums auf meine schriftlichen Fragen, die ich kürzlich an das Verkehrsministerium gestellt habe, geht hervor, dass der Zürcher Flughafenbetreiber das Bundesverkehrsministerium noch immer nicht über die Ausbaupläne bezüglich der Kapazitätsausweitung des Zürcher Flughafens informiert hat.

Diese Art der Salamtaktik, wo man die Ausbaupläne zuerst in der Mitarbeiterzeitschrift des Flughafens verbreitet, um dann hinterher dem Bundesverkehrsministerium Informationen anzubieten, ist überhaupt nicht nachvollziehbar und schafft auch kein Vertrauen. Es bleiben die Fragen, wie groß die Kapazitätssteigerung ausfallen wird und mit wieviel An- und Abflügen 2030 und 2050 gerechnet bzw. geplant wird.

Ich bewerte die nachfolgende Antwort des Bundesverkehrsministeriums hingegen als positiv: „Der Um- oder Neubau eines Terminals am Flughafen Zürich betrifft die bodenseitige Abfertigung von Passagieren. Die luftseitige Abwicklung des Verkehrs ist, sofern sie deutsches Hoheitsgebiet betrifft, an die geltenden Vereinbarungen gebunden.“ Im Klartext heißt dies, dass die von Deutschland einseitig erlassene DVO weiterhin die Menschen in den Tagesrandzeiten und am Wochenende vor zusätzlichem Fluglärm schützt

Auf meine schriftliche Frage, inwieweit die neuen Flughafenpläne im Zusammenhang mit dem von der Schweiz beantragten Betriebskonzept nach Berlin kommuniziert worden sind oder nicht, bleiben noch Fragezeichen.

---

Es bleibt fraglich, inwieweit das Ostanflugkonzept die Ausbaupläne vorausschauend thematisiert hat. Ich werde hierzu die künftigen Entwicklungen, insbesondere bezüglich des Ostanflugkonzeptes, weiterhin sehr sorgfältig im Auge behalten.

## Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums treffen Rita Schwarzelühr-Sutter in Berlin



| Am 28. Februar 2018 waren Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums Tiengen zu Besuch bei der Parlamentarischen Staatssekretärin und SPD-Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter im Deutschen Bundestag.

„Gerade in unserer heutigen Zeit ist es wichtig, jungen Menschen Politik näher zu bringen. Jugendliche und deren Anliegen müssen auch in Berlin Gehör finden. Deshalb freue ich mich immer wieder über den Besuch von Schulklassen aus meinem Wahlkreis und den Austausch mit den Schülerinnen und Schülern. Hier haben sie die Möglichkeit auch mal ganz persönliche Fragen die Abgeordneten loszuwerden. In der letzten Februarwoche hatte ich bereits die zweite Schulklasse in diesem Jahr zu Besuch. Mein Dank gilt den Schülerinnen und Schülern des Klettgau-Gymnasiums für das span-

nende Gespräch“, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter.

---





Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre  
Rita Schwarzelühr-Sutter

## Kontakt

### Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T: 030 – 227 73 071  
F: 030 – 227 76 173  
E: [rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de)

**Home:**  
**Facebook:**  
**Twitter:**  
**Instagram:**

### Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22  
79761 Waldshut-Tiengen  
T: 07751 – 91 76 881  
F: 07751 – 91 76 882  
E: [rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de)

**[www.schwarzueluehr-sutter.de](http://www.schwarzueluehr-sutter.de)**  
**[facebook.com/schwarzueluehrsutter](https://facebook.com/schwarzueluehrsutter)**  
**[twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)**  
**[instagram.com/rischwasu/](https://instagram.com/rischwasu/)**